



N I E D E R S C H R I F T
(öffentlicher Teil)
69. Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 14.11.2017
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	18:27 Uhr
Sitzungsort:	Roter Saal, Rathaus, 23539 Lübeck
Anwesende Mitglieder	
Vorsitz	
Jan Lindenau- SPD	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Stadtpräsidentin Gabriele Schopenhauer- SPD	
Oliver Dedow- BfL	
Carl-Wilhelm Howe- grün+alternativ+links (GAL)	
Jörg Hundertmark- SPD	
André Kleyer- Bü90/DIEGRÜNEN	
Ulrich Krause- CDU	Vertretung für: Frau Anette Röttger
Christopher Lötsch- CDU	
Thomas Rathcke- FDP	
Peter Reinhardt- SPD	
Lars Rottloff- CDU	
Andreas Zander- CDU	
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht	
Ragnar Harald Lüttke- FREIE WÄHLER&DIE LINKE	
Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion	
Volker Krause- BfL	
Verwaltung	
Bürgermeister Bernd Saxe- FB 1 - Bürgermeister	
Senatorin Kathrin Weiher- FB 4 - Kultur und Bildung	anwesend bis 18.01 Uhr/ TOP 12.1
Senator Sven Schindler- FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Senator Ludger Hinsen- FB3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung	
Oliver Groth- 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Tatjana Voskuhl- 1.300 Recht	
Manfred Uhlig- 1.201 - Haushalt und Steuerung	

Wolf-Dieter Barteck- 1.203 - Beteiligungscontrolling	
Dennis Bunk- 5.651 - GMHL	
Ralf Kuschmierz- FBC FB 2	
Christian Peuckert- 1.203 - Beteiligungscontrolling	
Karsten Schröder- 5.610 - Stadtplanung und Bauordnung	anwesend ab 17.19 Uhr/TOP 5.6
Markus Toll- FBC FB 5	
Melanie Wöhlk- 3.322 - Melde- und Gewerbe-angelegenheiten	anwesend nicht-öffentlicher Teil zu TOP 13.1/18.13 Uhr-18.15 Uhr
Klaas-Peter Krabbenhöft- 2.280.5 - Stiftungsverwaltung	anwesend öffentlicher Teil bis 17.31 Uhr/TOP 3.6
Katrin Sinner- 2.280.5 Stiftungsverwaltung	anwesend öffentlicher Teil bis 17.31 Uhr/TOP 3.6
Uwe Kirchhoff- Kurbetrieb Travemünde (2.830)	anwesend öffentl. Teil bis 17.12 Uhr/TOP 5.5
MitarbeiterInnen Eigenbetriebe und städt. Gesellschaften	anwesend öffentl. Teil bis 17.37 Uhr/TOP 9
MitarbeiterInnen FB 1 - 5	anwesend öffentl. Teil bis 17.37 Uhr/TOP 9
VertreterInnen der Personalräte	anwesend öffentl. Teil bis 17.37 Uhr/TOP 9
Protokollführung	
Inga Thedens- Bürgermeisterkanzlei	
Gäste	
Prof. Dr. Sebastian Jürgens- Lübecker Hafen-Gesellschaft mbH	anwesend nicht-öffentlicher Teil zu TOP 12.1/17.37 Uhr - 18.12 Uhr
Ortwin Harms- LHG - Bereichsleiter Marketing und Vertrieb	anwesend nicht-öffentlicher Teil zu TOP 12.1/17.37 Uhr - 18.12 Uhr
Günther Lüders- LHG - Bereichsleiter Personal	anwesend nicht-öffentlicher Teil zu TOP 12.1/17.37 Uhr - 18.12 Uhr
Sonstige Personen	
VertreterInnen der Presse	anwesend öffentl. Teil bis 17.37 Uhr/TOP 9
Zuhörerinnen und Zuhörer	anwesend öffentl. Teil bis 17.37 Uhr/TOP 9
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Anette Röttger- CDU	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung
2.	Niederschriften
2.1.	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.10.2017
2.2.	Genehmigung der Niederschrift der Sondersitzung vom 26.10.2017
3.	Anfragen / Antworten / Mitteilungen
3.1.	CDU: BM Lötsch – Ostseestraße - Vorlage: VO/2017/05092
3.1.1.	Antwort auf Anfrage BM Lötsch vom 27.06.2017 betr. Ostseestraße VO/2017/05092 - Bericht zu Zahlen und der Entwicklung der GU Ostseestraße. Vorlage: VO/2017/05251
3.2.	AM Lindenau: Maßnahmen zur Bekämpfung von Farbschmierereien in der Hansestadt Lübeck - Vorlage: VO/2017/05260
3.2.1.	Antwort auf die Anfrage von BM Lindenau betr. Maßnahmen zur Bekämpfung von Farbschmierereien in der Hansestadt Lübeck (5.660) - Vorlage: VO/2017/05464
3.3.	AM Reinhardt & Hundertmark: zu Ausschreibungen der Bauverwaltung in 2016 Vorlage: VO/2017/05050
3.3.1.	Antwort auf Anfrage AM Reinhardt & Hundertmark: zu Ausschreibungen der Bauverwaltung in 2016 - VO/2017/05050 - Vorlage: VO/2017/05315
3.4.	Antwort auf die Anfrage BM Oliver Dedow betr. Bauvoranfragen (5.610) Vorlage: VO/2017/05339
3.5.	Antwort auf die Anfrage von BM Lindenau zur Vorlage 5129 zum Ersatzneubau Beleuchtungsanlage Travemünder Allee/B75 (5.660) - Vorlage: VO/2017/05428
3.6.	Sitzungstermine des Hauptausschusses 2018 - Vorlage: VO/2017/05380
3.7.	NEU: Anfrage BM Zander: Verzögerungen bei der Umsetzung von Bürgerschaftsbeschlüssen - Vorlage: VO/2017/05494
3.8.	NEU: AM Lindenau: Rattenbekämpfung auf dem Gelände des ehemaligen Schlachthofgeländes - Vorlage: VO/2017/05506
3.9.	NEU: Mitteilung Herr Senator Schindler betr. Anfrage AM Howe - Anteil sozial geförderter Wohnungen bei Wohnungsbauvorhaben zwischen Wakenitz und Kanaltrave in der Falkenstraße - HA 10.10.2017
3.10.	NEU: Mitteilung Herr Senator Schindler betr. Anfrage AM Lötsch - Anschubfinanzierung für Neubau Parkpalette Travemünde
3.11.	NEU: Mitteilung Frau Senatorin Glogau betr. Anfrage AM Howe - Bau von zusätzlichen Anlegern am Skandinavienkai

3.12.	NEU: Mdl. Anfrage AM Hundertmark betr. Sachstand Umsetzung Bürgerschaftsbeschluss zur Vorlage 2017/04674 - AT Antrag zu VO/2016/04616 TOP 5.7 SPD&CDU: Verlässliche Regeln bei Ferienwohnungen
3.13.	NEU: Mdl. Anfrage AM Lötsch betr. Grundstücksverkauf St. Lorenz/ZOB
3.14.	NEU: Mdl. Anfrage AM Dedow betr. Auflistung der im Eigentum der HL befindlichen Gebäude
3.15.	NEU: Mdl. Anfrage AM Zander und AM Lindenau betr. Parkhaus Wehdehof
3.16.	NEU: Anfrage AM Reinhardt betr. Einrichtung eines Archivs für die Bauverwaltung im ehem. C+A Gebäude
4.	Berichte
4.1.	Austauschvorlage zu VO 2017/05171 - Bericht zu der Entwicklung einer Jugendberufsagentur in der Hansestadt Lübeck - Vorlage: VO/2017/05314
5.	Beschlussvorlagen
5.1.	Haushaltssatzung 2018 mit Stellenplanänderungen 2018 - Vorlage: VO/2017/05378
5.2.	Annahme einer Geldspende der Possehl-Stiftung in Höhe von 50.000,00 € für das Weihnachtswunderland im Jahr 2017 - Vorlage: VO/2017/05325
5.3.	Annahme einer Geldspende der Possehl-Stiftung über EUR 727,43 zur Finanzierung der Aktionswoche Alkohol Vorlage: VO/2017/05202
5.4.	Jahresabschluss des Eigenbetriebes Kurbetrieb Travemünde für das Wirtschaftsjahr 2016 - Vorlage: VO/2017/05184
5.5.	Wirtschaftsplan 2018 für den Eigenbetrieb Kurbetrieb Travemünde Vorlage: VO/2017/05185
5.6.	Haushaltspläne der Stiftungen HGH-JJK-WS-KOD-LW-VT für das Haushaltsjahr 2018- Vorlage: VO/2017/05324
5.7.	Vorlage zur überplanmäßigen Bewilligung von Haushaltsmitteln für den Verlustausgleich 2016 der SeniorInnenEinrichtungen im Haushaltsjahr 2017 Vorlage: VO/2017/05390
5.8.	Jugendhilfeplanung - Kindertagesbetreuung (Bedarfsplan i. S. v. § 7 KiTaG) Maßnahmenplanung Kindergartenjahr 2018/19 ff. - Vorlage: VO/2017/05187
5.9.	Haushaltsplan der Kulturstiftung der Hansestadt Lübeck für das Haushaltsjahr 2018 Vorlage: VO/2017/05268
5.10.	Annahme einer Spende der Possehl-Stiftung über 220.000 Euro für das Stadtjubiläum "875 Jahre Lübeck" - Vorlage: VO/2017/05287
5.11.	Haushaltsplan der Stiftung Haus der Jugend für das Haushaltsjahr 2018 Vorlage: VO/2017/05332

6.	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
6.1.	Überweisungsantrag aus der Bürgerschaft vom 28.09.2017 an den Hauptausschuss; hier: Straßenausbaubeiträge - Vorlage: VO/2017/05381
6.2.	Überweisungsantrag aus der Bürgerschaft vom 28.09.2017 an den Hauptausschuss; hier: Verzicht auf KAG Beiträge - Vorlage: VO/2017/05382
7.	Anträge von Ausschussmitgliedern
8.	Verschiedenes
9.	Ende des öffentlichen Teils
15.	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

zu 1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung
-------------	--

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Er verweist auf folgende umgeteilte Unterlagen:

TOP 1 Übersicht der Fachausschussergebnisse

NEU

TOP 3.7 Anfrage von AM Andreas Zander betr. Verzögerungen bei der Umsetzung von Bürgerschaftsbeschlüssen - VO2017/05494

NEU

TOP 3.8 Anfrage von AM Jan Lindenau betr. Rattenbekämpfung auf dem ehemaligen Gelände des Schlachthofs – VO 2017/05518

Keine weiteren Anmerkungen zur Tagesordnung.

*Der Hauptausschuss
nimmt Kenntnis.*

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.

Er schlägt vor, über den Ausschluss der Öffentlichkeit bei den als nichtöffentlich angemeldeten TOP „en bloc“ abzustimmen.

*Der Hauptausschuss ist einstimmig „en bloc“
mit der vorgeschlagenen Zuordnung von
Tagesordnungspunkten in den nicht-
öffentlichen Teil einverstanden.*

zu 2	Niederschriften
-------------	------------------------

zu 2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.10.2017
---------------	---

Keine Wortmeldungen.

*Der Hauptausschuss nimmt die Niederschrift
in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.*

zu 2.2	Genehmigung der Niederschrift der Sondersitzung vom 26.10.2017
---------------	---

Keine Wortmeldungen.

*Der Hauptausschuss nimmt die Niederschrift
in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.*

zu 3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen
-------------	--

zu 3.1	CDU: BM Lötsch – Ostseestraße - Vorlage: VO/2017/05092
---------------	---

Herr Lötsch hat zur Sitzung des Hauptausschuss am 27.06.2017 mit der Vorlage 2017/05092 folgende Anfrage gestellt:

„Bei den Unterkünften in der Ostseestraße erstattet das Land Mietkosten in Höhe der tatsächlichen Auslastung.

- In welcher Höhe sind finanziellen Ausfälle zu erwarten, wenn die Stadt 81 Plätze unbesetzt lässt?*
- Aus welchem Grund werden 81 Plätze unbesetzt gelassen?*
- Welches Konzept ist für die Gemeinschaftsunterkunft in der Ostseestraße erarbeitet?*
- Wann wurde dieses Konzept erarbeitet? Stand das Konzept schon zu Beginn der Arbeiten an der Unterkunft in der Ostseestraße fest?*
- Falls nicht, warum wurde das Konzept für die Unterbringung geändert?*
- Wer trägt die Kosten, falls 81 Plätze unbesetzt gelassen werden?*
- Wie ändert sich die Gesamtkalkulation der Unterkunft Ostseestraße (je ausgenutzter Platz / je qm)?*
- Wie und mit welchen Unterkünften ließe sich das Konzept der städtischen Verwaltung für die Betreuung von Asylbewerbern umsetzen, wenn die Gemeinschaftsunterkunft in der Ostseestraße komplett belegt wird?*
- Bieten sich Container für einen „flexibleren“ Leerstand eher an?*
- Wie lange wird es noch Plätze für Asylbewerber in Wohncontainern in der Hansestadt geben?*
- Wann laufen die Verträge aus, bzw. wie sind Kündigungsfristen für die Wohncontainer?“*

Keine Wortmeldungen.

*Der Hauptausschuss
nimmt Kenntnis.*

**zu 3.1.1 Antwort auf Anfrage BM Lötsch vom 27.06.2017 betr. Ostseestraße
VO/2017/05092 - Bericht zu Zahlen und der Entwicklung der GU Ostseestraße.
Vorlage: VO/2017/05251**

Herr Lötsch kritisiert die erteilte Antwort als unzureichend.

Auf Vorschlag von Herrn Senator Schindler wird ein bilaterales Gespräch zur Klärung des noch bestehenden Antwortbedarfs vereinbart.

*Der Hauptausschuss stellt die Kenntnisnahme
bis Vorliegen der ergänzten Antwort zurück.*

**zu 3.2 AM Lindenau: Maßnahmen zur Bekämpfung von Farbschmierereien in der
Hansestadt Lübeck - Vorlage: VO/2017/05260**

Der Vorsitzende hat zur Sitzung des Hauptausschusses am 12.09.2017 mit der Vorlage 2017/05260 folgende Anfrage gestellt:

„Die Bürgerschaft hat am 27.11.2003 u.a. auf Vorschlag der Verwaltung beschlossen, dass sich „die Hansestadt Lübeck verpflichtet, vorhandene und neu hinzukommende illegale Farbschmierereien, Schriftzüge und Gegenstände an stadteigenen Liegenschaften zu beseitigen“. Dies soll innerhalb von 48 Stunden nach Bekanntwerden geschehen (Drs. 523)

Ich bitte um Beantwortung folgender Fragen:

Weshalb sind zahlreiche Schmierereien an stadteigenen Gebäuden und Plätzen teilweise seit Jahren nicht beseitigt worden? (Auswahl siehe Anlage)

Wie wird zukünftig die Umsetzung sichergestellt?

Welche Mittel sind bisher aus dem Opfer-/Geschädigtenfonds abgerufen worden? (2010-2017)“

Keine Wortmeldungen.

*Der Hauptausschuss
nimmt Kenntnis.*

**zu 3.2.1 Antwort auf die Anfrage von BM Lindenau betr. Maßnahmen zur Bekämpfung
von Farbschmierereien in der Hansestadt Lübeck (5.660)
Vorlage: VO/2017/05464**

Keine Wortmeldungen.

*Der Hauptausschuss nimmt
die Antwort zur Kenntnis.*

**zu 3.3 AM Reinhardt & Hundertmark: zu Ausschreibungen der Bauverwaltung in 2016
Vorlage: VO/2017/05050**

Herr Reinhardt und Herr Hundertmark haben zur Sitzung des Hauptausschusses am 13.06.2017 mit der Vorlage 2017/05050 folgende Anfrage gestellt:

- 1. Zu welchem Anteil haben Lübecker Firmen Ausschreibungen gewonnen?*
- 2. Innerhalb welcher Zeit erfolgte durchschnittlich die Zahlung nach Eingang der Rechnung?*

3. Was ist die längste Zeitspanne für einen Zahlungsvorgang und welche Gründe lagen dafür vor?
4. Konnte bei Angebot des Skontoabzugs dieser in vollem Umfang ausgeschöpft werden? Sollte das nicht der Fall sein, bitte ich um genauere Darstellung.

Keine Wortmeldungen.

*Der Hauptausschuss
nimmt Kenntnis.*

zu 3.3.1 Antwort auf Anfrage AM Reinhardt & Hundertmark: zu Ausschreibungen der Bauverwaltung in 2016 - VO/2017/05050 - Vorlage: VO/2017/05315

Hierzu diskutieren, zum Teil kontrovers und mit mehrfachen Wortbeiträgen, Herr Hundertmark, Herr Rathcke, Frau Senatorin Glogau, der Vorsitzende, Herr Bunk, Herr Reinhardt, Herr Bürgermeister Saxe, Herr Lüttke, Herr Kleyer, Frau Schopenhauer und Herr Rottloff.

Im Ergebnis stellt der Hauptausschuss Einvernehmen darüber her, die abschließende Beantwortung zu vertagen und bittet die Verwaltung um ergänzende Erläuterung, wie der Prozess des Skontoabzugs künftig organisiert werden kann.

*Der Hauptausschuss stellt die Kenntnisnahme
bis Vorliegen der ergänzten Antwort zurück.*

zu 3.4 Antwort auf die Anfrage BM Oliver Dedow betr. Bauvoranfragen (5.610) Vorlage: VO/2017/05339

Zu der von Herrn Dedow in der Sitzung des Hauptausschusses am 28.03.2017 mündlich gestellten Anfrage liegt mit der Vorlage 2017/05339 nunmehr eine Antwort vor.

Eine Nachfrage von Herrn Lüttke zu möglichen Gründen für die Ablehnung einer Bauvoranfrage wird von Frau Senatorin Glogau beantwortet.

*Der Hauptausschuss nimmt
die Antwort zur Kenntnis.*

zu 3.5 Antwort auf die Anfrage von BM Lindenau zur Vorlage 5129 zum Ersatzneubau Beleuchtungsanlage Travemünder Allee/B75 (5.660) Vorlage: VO/2017/05428

Zu der vom Vorsitzenden in der Sitzung des Hauptausschusses am 12.09.2017 mündlich gestellten Anfrage liegt mit der Vorlage 2017/05428 nunmehr eine Antwort vor.

Keine Wortmeldungen.

*Der Hauptausschuss nimmt
die Antwort zur Kenntnis.*

zu 3.6 Sitzungstermine des Hauptausschusses 2018 - Vorlage: VO/2017/05380
--

Keine Wortmeldungen.

*Der Hauptausschuss nimmt die
Terminübersicht zur Kenntnis.*

zu 3.7	NEU: Anfrage BM Zander: Verzögerungen bei der Umsetzung von Bürger-schaftsbeschlüssen - Vorlage: VO/2017/05494
---------------	---

Herr Zander stellt mit der Vorlage 2017/05494 folgende Anfrage:

„Am 24.11.2016 hat die Bürgerschaft mit überwältigender Mehrheit beschlossen, dass der Bürgermeister anlässlich der erheblichen Probleme bei dem Projekt Possehlbrücke bis zum Januar 2017 Vorschläge unterbreitet, wie bei zukünftigen Großprojekten massive Zeitverzögerungen und Kostensteigerungen verhindert werden können.

Wann ist der Bericht der Bürgerschaft vorgelegt worden?

Sollte der Bericht noch nicht der Bürgerschaft vorliegen, bitte wir um umgehende Nachreichung (selbstverständlich unter Berücksichtigung des zeitlich beschlossenen Fragenkatalogs) und um eine ausführliche Erläuterung, warum dieser Bericht auch nach einem Jahr noch nicht vorliegt.

Außerdem bitten wir die Verwaltung kurzfristig folgende Fragen zu beantworten:

- Welche administrativen, organisatorischen und inhaltlichen Maßnahmen hat die Verwaltung bisher im Detail unternommen, um den augenscheinlichen Verbesserungsbedarf bei der Projektierung und Durchführung von großen Infrastrukturprojekten nachzukommen?*
- Welche Maßnahmen wurden geprüft?*
- Wie lauteten die Prüfungsergebnisse?“*

Frau Senatorin Glogau verweist hierzu auf einen Bericht zur Bürgerschaft am 30.11.2017, der die gestellten Fragen ggf. schon beantwortet.

Keine weiteren Wortmeldungen.

*Der Hauptausschuss nimmt
die Anfrage zur Kenntnis.*

zu 3.8	NEU: AM Lindenau:Rattenbekämpfung auf dem Gelände des ehemaligen Schlachthofgeländes - Vorlage: VO/2017/05506
---------------	--

Der Vorsitzende stellt mit der Vorlage 2017/05518 folgende Anfrage:

- 1. Inwieweit kommt der Grundstückseigentümer des ehemaligen Schlachthofgeländes der Einhaltung der „Stadtverordnung über die Bekämpfung von Ratten in der Hansestadt Lübeck vom 11.12.2014“, und der damit verbundenen Verpflichtungen des Grundstückseigentümers lt.§1 und 2, sowie der laut §3 der Verordnung unverzüglich umzusetzenden Maßnahmen zur deren Bekämpfung nach?*
- 2. Sind dem Gesundheitsamt bereits entsprechende Meldungen zur Bekämpfung von Ratten und damit verpflichtend umzusetzende Maßnahmen bekannt. Wenn ja, wann wurden die erforderlichen Anzeigen gemacht und wie umfangreich waren die damit einhergehenden, verpflichtenden Maßnahmen.*
- 3. Werden weitergehende Kontrollen durchgeführt, sollten entsprechende Meldungen und Maßnahmen bereits durchgeführt worden sein?*

Keine Wortmeldungen.

*Der Hauptausschuss nimmt
die Anfrage zur Kenntnis.*

zu 3.9 NEU: Mitteilung Herr Senator Schindler betr. Anfrage AM Howe - Anteil sozial geförderter Wohnungen bei Wohnungsbauvorhaben zwischen Wakenitz und Kanaltrave in der Falkenstraße - HA 10.10.2017

Zu der von Herrn Howe in der Sitzung des Hauptausschusses am 10.10.2017 mündlich gestellten Anfrage „*warum bei dem geplanten Wohnungsbauvorhaben mit 30 Wohnungen nur zwei Sozialwohnungen vorgesehen sind. Lt. Beschlusslage soll die Quote für sozial geförderten Wohnungsbau 30 % bei jeder Maßnahme betragen.*“ teilt Herr Senator Schindler mit, dass zur Bebauung der Falkenstraße die Bürgerschaft in ihrer Sitzung am 29.01.2015 den Beschluss gefasst hat: „*Sofern es zu einer Veräußerung und Entwicklung kommt, sind die Grundstücke in Lübeck, Falkenstr. 41 – 47, neben den bereits verkauften Grundstücken in Lübeck, Falkenstraße 51 – 57, für mind. 30 % Mietwohnungsbau vorzusehen. Hiervon soll der Anteil sozialer Wohnungsbau mind. 15 % sozialer Wohnungsbau betragen.*“

Herr Senator Schindler führt aus, dass daraus abzuleiten war, dass von den ca. 30 zu erstellenden Wohnungen insgesamt 10 Mietwohnungen, davon 2 im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus (1. Förderweg), zu realisieren sind. Bei den geförderten Wohnungen sollen eine 3-Zimmer-Wohnung mit 75 m² und eine 4-Zimmer-Wohnung mit 85 m² entstehen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Hauptausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

zu 3.10 NEU: Mitteilung Herr Senator Schindler betr. Anfrage AM Lötsch - Anschubfinanzierung für Neubau Parkpalette Travemünde

Zu der von Herrn Lötsch in der Sitzung des Hauptausschusses am 10.10.2017 mündlich gestellten Anfrage, „*ob der nach Abzug aller Kosten verbleibende Erlös aus dem Verkauf der Grundstücksfläche Am Fahrenberg/Godewind weiterhin als Zuschuss für den Bau einer Parkpalette in Travemünde vorgesehen ist*“, teilt Herr Senator Schindler mit, dass dies der Fall sei. Es werden ca. EUR 500.000,-- für die Anschubfinanzierung zum Bau einer Parkpalette zur Verfügung stehen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Hauptausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

zu 3.11 NEU: Mitteilung Frau Senatorin Glogau betr. Anfrage AM Howe - Bau von zusätzlichen Anlegern am Skandinavienkai

Zu der von Herrn Howe in der Sitzung des Hauptausschusses am 10.10.2017 mündlich gestellten Anfrage, „*wie viele weitere Anleger am Skandinavienkai geplant sind*“, teilt Frau Senatorin Glogau mit, dass sich der Hafen kontinuierlich aufgrund immer neuer Anforderungen insbesondere auch aus der Schifffahrt, die durch die Reedereien an den Umschlagsbetrieb und die Liegeplätze gestellt werden, im Wandel befindet. Aufgrund stetig wachsender Schiffsgrößen zukünftig mit Längen bis zu 250 m und Breiten deutlich über 30 m sowie Abfertigung mittels Doppelstockrampen über 2 Ebenen sind die vorhandenen Liegeplätze kontinuierlich diesen sich wandelnden Anforderungen anzupassen.

Zur Zeit werde im Rahmen der Entwurfsplanung eine optimale Liegeplatzgeometrie für den Anleger 5 gesucht, der zukünftig eine neue Schiffsgeneration der Reederei Finnlines abfertigen soll und sich entsprechend den geforderten Abmessungen mit einer Länge von 250 m in

den Liegeplatzbestand integrieren muss, unter Berücksichtigung einer neuen besonders breiten Doppelstockrampe. Eine Variante erhöht die Anlegerzahl in diesem Bereich um einen zusätzlichen Anleger.

Darüber hinaus ist hinter dem Anleger 8 - noch im Hafenbereich - ein neuer Dalbenliegeplatz für die Bebunkerung von Schiffen mit LNG(liquified natural gas) vorgesehen. Die Planungen befinden sich im Entwurfsstadium und dienen dazu, bei Bedarf auf der Südseite des Dalbenliegeplatzes ein schwimmendes Lager für LNG festzumachen, um auf der Nordseite einen Liegeplatz für ein LNG Tankschiff herzustellen, das sich über das Lager versorgt, um Schiffe in den Lübecker Häfen und ggf. auch anderswo mit LNG zu versorgen.

Darüber hinaus sind zur Zeit keine weiteren Liegeplätze in Planung.

Keine weiteren Wortmeldungen.

*Der Hauptausschuss nimmt
die Antwort zur Kenntnis.*

zu 3.12 NEU: Mdl. Anfrage AM Hundertmark betr. Sachstand Umsetzung Bürger- schaftsbeschluss zur Vorlage 2017/04674 - AT Antrag zu VO/2016/04616 TOP 5.7 SPD&CDU: Verlässliche Regeln bei Ferienwohnungen
--

Herr Hundertmark bittet um Mitteilung zum Sachstand der Umsetzung des Beschlusses der Bürgerschaft vom 23.02.2017 betr. Vorlage 2017/04674 - AT Antrag zu VO/2016/04616 TOP 5.7 SPD&CDU: Verlässliche Regeln bei Ferienwohnungen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

*Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage zur
Kenntnis und bittet um Beantwortung zur
Sitzung des HA am 28.11.2017.*

zu 3.13 NEU: Mdl. Anfrage AM Lötsch betr. Grundstücksverkauf St. Lorenz/ZOB

Herr Lötsch bittet um Mitteilung zum Stand der Verhandlungen zum Grundstücksverkauf sowie Angaben, wie die Abrisskosten ermittelt wurden.

Keine weiteren Wortmeldungen.

*Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage zur
Kenntnis und bittet um Beantwortung zur
Sitzung des HA am 28.11.2017.*

zu 3.14 NEU: Mdl. Anfrage AM Dedow betr. Auflistung der im Eigentum der HL befind- lichen Gebäude

Herr Dedow bittet um Hergabe einer Auflistung aller im Eigentum der HL befindlichen Gebäude.

Herr Bürgermeister Saxe weist darauf hin, dass dem Hauptausschuss zur einer der früheren Sitzungen bereits eine solche Liste zur Kenntnis gegeben wurde.

Keine weiteren Wortmeldungen.

*Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage zur
Kenntnis und bittet um Beantwortung zur
Sitzung des HA am 28.11.2017.*

zu 3.15 NEU: Mdl. Anfrage AM Zander und AM Lindenau betr. Parkhaus Wehdehof

Herr Zander bittet um Mitteilung, wann das Parkhaus Wehdehof endgültig fertiggestellt sein wird.

Der Vorsitzende bittet hierzu ergänzend um Mitteilung, wann die Gesamtabnahme des Gebäudes erfolgen wird.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage zur Kenntnis und bittet um Beantwortung zur Sitzung des HA am 28.11.2017.

zu 3.16 NEU: Anfrage AM Reinhardt betr. Einrichtung eines Archivs für die Bauverwaltung im ehem. C+A Gebäude

Herr Reinhardt bittet um Mitteilung zum Sachstand der Nutzung des ehemaligen C+A Gebäudes als Archiv für die Bauverwaltung.

Frau Senatorin Glogau teilt hierzu mit, dass die Mietvertragsverhandlungen abgeschlossen seien und sich die Vorlage zur Entscheidung durch die Bürgerschaft in Vorbereitung befinde. Eine Nutzung des Gebäudes für Archivzwecke sei vorbehaltlich der Entscheidung der Bürgerschaft ab März 2018 vorgesehen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage und die Antwort zur Kenntnis.

zu 4 Berichte

zu 4.1 Austauschvorlage zu VO 2017/05171 - Bericht zu der Entwicklung einer Jugendberufsagentur in der Hansestadt Lübeck - Vorlage: VO/2017/05314

Herr Rathcke weist darauf hin, dass seine Fraktion hierzu einen Antrag stellen werde und schlägt vor, den Bericht als Zwischenbericht zur Kenntnis zu nehmen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht als Zwischenbericht zur Kenntnis.

zu 5 Beschlussvorlagen

**zu 5.1 Haushaltssatzung 2018 mit Stellenplanänderungen 2018
Vorlage: VO/2017/05378**

Hierzu sprechen Herr Lötsch, Herr Uhlig, Herr Dedow und der Vorsitzende.

Herr Uhlig gibt bekannt, dass die Stellenplanänderungen 2018 sowie die Nachmeldeliste derzeit vorbereitet werden und die Haushaltssatzung zur nächsten Sitzung entsprechend

ergänzt und aktualisiert werde.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Beschluss:

1. Der **Produkthaushaltsplan** bestehend je Produkt aus der Produkthaushaltsseite, dem Ergebnisplan und dem Finanzplan incl. der investiven Ein- und Auszahlungen und Finanzierungstätigkeiten einschl. Nachmeldungen Anlage 1 und Anlage 1a wird beschlossen.
2. Ergänzend werden die Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung in Erfüllung der städtischen Obliegenheit aus dem mit dem Land Schleswig-Holstein geschlossenen Konsolidierungsvertrag Anlage 2 beschlossen.
3. Die den Haushaltsanmeldungen zugrunde liegenden Maßnahmen aus den Maßnahmenlisten der Fachbereiche Anlage 3 korrespondierend mit den Budgetübersichten Anlage 4 werden zur Kenntnis genommen. Der Bürgermeister wird beauftragt, die erforderlichen Schritte einzuleiten, um die u.a. in dem Haushalt 2018 vorgesehenen Aufwandskürzungen und damit verbundenen Minderauszahlungen bzw. die Ertragssteigerungen und die damit verbundenen Mehreinzahlungen zu realisieren.
4. Aufgrund der §§ 95 ff der Gemeindeordnung (GO) wird nach Beschluss der Bürgerschaft vom und mit Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde folgende **Haushaltssatzung** erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018 wird

- | | | | |
|----|---|-------------------|-----|
| 1. | im Ergebnisplan mit | | |
| | einem Gesamtbetrag der Erträge auf | 797.268.500 | EUR |
| | einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf | 835.804.100 | EUR |
| | einen Jahresüberschuss von | | |
| | einen Jahres fehlbetrag von | 38.535.600 | EUR |
| 2. | im Finanzplan mit | | |
| | einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf | 775.724.000 | EUR |
| | einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf | 787.209.200 | EUR |
| | einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf | 86.746.400 | EUR |
| | einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf | 117.688.500 | EUR |

festgesetzt.

(Stand: Entwurf 2018 per 29.9.2017)

§ 2

Es werden festgesetzt:

- | | | | |
|----|--|------------|-----|
| 1. | der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen | 37.863.600 | EUR |
|----|--|------------|-----|

2.	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	86.470.000	EUR
3.	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	450.000.000	EUR
4.	die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf	3.384,81	

§ 3

Die Hebesätze für die Realsteuern sind wie folgt festgesetzt:

1.	Grundsteuer	
	a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)	400 %
	b) für die Grundstücke (Grundsteuer B)	500 %
2.	Gewerbsteuer	450 %

§ 4

Der Höchstbetrag für unerhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen sowie Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen, für deren Leistung oder Eingehung der Bürgermeister seine Zustimmung nach § 95 d Abs. 1 oder § 95 f Abs. 1 Gemeindeordnung erteilen kann, beträgt **250.000 EUR**. Die Genehmigung der Bürgerschaft gilt in diesen Fällen als erteilt. Der Bürgermeister ist verpflichtet, der Bürgerschaft mindestens halbjährlich über die geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben und die über- und außerplanmäßig eingegangenen Verpflichtungen zu berichten.

Mit Ausnahme der Eilentscheidungen des Bürgermeisters nach § 65 Abs. 4 GO ist bei einer beabsichtigten Verwendung von Budgetmitteln als Deckung für Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich eines anderen Fachausschusses auch eine vorbereitende Beratung im abgebenden Fachausschuss und im Falle widersprechender Empfehlungen der beteiligten Fachausschüsse das koordinierende Votum des Hauptausschusses einzuholen.

§ 5

Der Gesamtbetrag für max. abzuschließende Zinsderivate wird für das Jahr 2016 auf **50 Mio. EUR** festgesetzt.

Die kommunalaufsichtliche Genehmigung wurde am erteilt.

(Ende des Satzungstextes)

4. Stellenplan

Der Stellenplan 2017 (3.337,02 Planstellen) wird zu dem Haushaltsjahr 2018 um die sich aus der Anlage 5 ergebenden Stellenplanänderungen (Veränderungsliste) ergänzt und in der

sich daraus ergebenden Fassung als **Stellenplan für das Haushaltsjahr 2018** festgesetzt: **3384,81 Planstellen.**

*Der Hauptausschuss stellt die weitere
Beratung bis zur nächsten Sitzung
am 28.11.2017 einstimmig zurück.*

zu 5.2 Annahme einer Geldspende der Possehl-Stiftung in Höhe von 50.000,00 € für das Weihnachtswunderland im Jahr 2017 - Vorlage: VO/2017/05325

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Die Geldspende der Possehl-Stiftung in Höhe von 50.000,00 € für die Durchführung des Weihnachtswunderlandes im Jahr 2017 wird angenommen.

*Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft
einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag
zu entscheiden.*

zu 5.3 Annahme einer Geldspende der Possehl-Stiftung über EUR 727,43 zur Finanzierung der Aktionswoche Alkohol - Vorlage: VO/2017/05202

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft nimmt die Geldspende der Possehl-Stiftung über EUR 727,43 zur Finanzierung der Aktionswoche Alkohol an

*Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft
einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag
zu entscheiden.*

zu 5.4 Jahresabschluss des Eigenbetriebes Kurbetrieb Travemünde für das Wirtschaftsjahr 2016 - Vorlage: VO/2017/05184

Herr Lüttke möchte wissen, wieviel Strandbenutzungsgebühr über die Strandkorbvermieter eingenommen wurde.

Die Antwort wird zu Protokoll erbeten.*

Keine weiteren Wortmeldungen.

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss des Kurbetriebes Travemünde für das Wirtschaftsjahr 2016 wird gemäß Anlage festgestellt :

Es betragen	
die Bilanzsumme	14.011.491,31 €
die Erträge	3.587.594,58 €
die Aufwendungen	3.624.309,00 €
der Jahresverlust	-36.714,42 €
Verrechnung mit Vortrag aus 2011	36.714,42 €
Verlustausgleich der Hansestadt Lübeck	0,00 €

2. Der ausgewiesene Jahresverlust in Höhe von 36.714,42 € wird mit dem finanziellen Vortrag aus dem Jahr 2011 verrechnet.
3. Eine Grundstücksfläche mit einem Gesamtbuchwert in Höhe von 2.658,00 € wird aus dem Anlagevermögen entnommen.
4. Der zweckgebundenen Rücklage wird ein Betrag in Höhe von 7.479,00 € entnommen.

*Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft
einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag
zu entscheiden.*

*Anmerkung des Protokolls:

Die Antwort lag zum Zeitpunkt der Erstellung der Niederschrift noch nicht vor.

zu 5.5 Wirtschaftsplan 2018 für den Eigenbetrieb Kurbetrieb Travemünde Vorlage: VO/2017/05185

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Aufgrund des § 5 Abs. 1 Nr. 5 der Eigenbetriebsverordnung in Verbindung mit § 97 der Gemeindeordnung wird durch die Bürgerschaft per Beschluss der Wirtschaftsplan für den Kurbetrieb Travemünde für das Wirtschaftsjahr 2018 gemäß Anlage festgestellt :

1. Es betragen

1.1 Im Erfolgsplan		
die Erträge	Euro	3.308.000
die Aufwendungen	Euro	3.908.000
die Verlustzuweisung	Euro	600.000

1.2 Im Vermögensplan		
die Einzahlungen	Euro	2.075.000
die Auszahlungen	Euro	2.075.000

2. Es werden festgesetzt:

2.1 der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionsförderungs- maßnahme auf	Euro	700.000
---	------	---------

2.2 der Gesamtbetrag der Verpflichtungs- ermächtigungen auf	Euro	0
--	------	---

2.3 der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	Euro	800.000
---	------	---------

*Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft
einstimmig (bei 1 Enthaltung), gemäß
Beschlussvorschlag zu entscheiden.*

zu 5.6 Haushaltspläne der Stiftungen HGH-JJK-WS-KOD-LW-VT für das Haushalts- jahr 2018 - Vorlage: VO/2017/05324

Hierzu sprechen – zum Teil mehrfach - Herr Rathcke, Frau Sinner, Herr Senator Schindler, Herr Bürgermeister Saxe, Herr Barteck und Herr Lüttke und diskutieren die finanzielle Situati-

on der Stiftungen und die möglichen Auswirkungen auf die Haushaltssituation der HL bei weiterer Verschlechterung.

Beschluss:

Aufgrund des § 98 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein werden die Haushaltspläne für das **Haushaltsjahr 2018** wie folgt festgesetzt:

1. für die Stiftung Heiligen-Geist-Hospital

I.

- | | | | |
|----|--|-----------|-----|
| 1. | im Ergebnisplan mit | | |
| | einem Gesamtbetrag der Erträge auf | 992.400 | EUR |
| | einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf | 1.100.400 | EUR |
| | einen Jahresüberschuss von | 0 | EUR |
| | einen Jahresfehlbetrag von | 108.000 | EUR |
| 2. | im Finanzplan mit | | |
| | einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf | 992.000 | EUR |
| | einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf | 753.300 | EUR |
| | einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf | 9.800 | EUR |
| | einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf | 529.400 | EUR |

II.

- | | | | |
|----|--|---|--------|
| 1. | der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen | 0 | EUR |
| 2. | der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf | 0 | EUR |
| 3. | der Höchstbetrag der Kassenkredite auf | 0 | EUR |
| 4. | die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf | 1 | Stelle |

2. für die Stiftung St.-Johannis-Jungfrauenkloster

I.

- | | | | |
|----|--|---------|-----|
| 1. | im Ergebnisplan mit | | |
| | einem Gesamtbetrag der Erträge auf | 369.800 | EUR |
| | einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf | 369.800 | EUR |
| | einen Jahresüberschuss von | 0 | EUR |
| | einen Jahresfehlbetrag von | 0 | EUR |
| 2. | im Finanzplan mit | | |
| | einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf | 290.200 | EUR |
| | einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf | 369.600 | EUR |
| | einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf | 100 | EUR |
| | einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf | 2.800 | EUR |

II.		
1.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0 EUR
2.	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0 EUR
3.	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	0 EUR
4.	die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf	1 Stelle
3.	für die Westerauer Stiftung	
I.		
1.	im Ergebnisplan mit	
	einem Gesamtbetrag der Erträge auf	14.900 EUR
	einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	14.900 EUR
	einen Jahresüberschuss von	0 EUR
	einen Jahresfehlbetrag von	0 EUR
2.	im Finanzplan mit	
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	14.800 EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	14.800 EUR
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	0 EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	0 EUR
II.		
1.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0 EUR
2.	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0 EUR
3.	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	0 EUR
4.	für die Stiftung Kriegsopferdank	
I.		
1.	im Ergebnisplan mit	
	einem Gesamtbetrag der Erträge auf	567.700 EUR
	einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	567.700 EUR
	einen Jahresüberschuss von	0 EUR
	einen Jahresfehlbetrag von	0 EUR
2.	im Finanzplan mit	
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	549.500 EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	476.400 EUR
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	300 EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	112.800 EUR
II.		
1.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0 EUR

2.	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0	EUR
3.	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	0	EUR
5.	für die Stiftung Lübecker Wohnstifte		
	I.		
1.	im Ergebnisplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Erträge auf	709.300	EUR
	einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	709.300	EUR
	einen Jahresüberschuss von	0	EUR
	einen Jahresfehlbetrag von	0	EUR
2.	im Finanzplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	613.400	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	598.500	EUR
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	320.300	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	429.400	EUR
	II.		
1.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	EUR
2.	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0	EUR
3.	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	0	EUR
6.	für die Stiftung Vereinigte Testamente		
	I.		
1.	im Ergebnisplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Erträge auf	2.476.900	EUR
	einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	2.476.900	EUR
	einen Jahresüberschuss von	0	EUR
	einen Jahresfehlbetrag von	0	EUR
2.	im Finanzplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	1.871.000	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	2.136.500	EUR
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	876.700	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	1.295.100	EUR
	II.		
1.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	EUR
2.	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0	EUR
3.	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	0	EUR

*Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft
mit Mehrheit (1 Gegenstimme) gemäß
Beschlussvorschlag zu entscheiden.*

zu 5.7	Vorlage zur überplanmäßigen Bewilligung von Haushaltsmitteln für den Ver- lustausgleich 2016 der SeniorInnenEinrichtungen im Haushaltsjahr 2017 Vorlage: VO/2017/05390
---------------	---

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Zum Ausgleich des Jahresfehlbetrages 2016 der SeniorInnenEinrichtungen werden im Haushaltsjahr 2017 auf dem Produktsachkonto 315201000 5315000 Zuwendungen und Zuschüsse für laufende Zwecke verbundene Unternehmen 617.695,85 € überplanmäßig bewilligt. Die Deckung der überplanmäßig bewilligten Haushaltsmittel erfolgt aus dem Produktsachkonto 611001000 4013000 Steuern Allgemeine Zuweisungen, Allgemeine Umlagen, Gewerbesteuer - höhere Erträge bei der Gewerbesteuer.

*Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft
mit Mehrheit (1 Gegenstimme) gemäß
Beschlussvorschlag zu entscheiden.*

zu 5.8	Jugendhilfeplanung - Kindertagesbetreuung (Bedarfsplan i. S. v. § 7 KiTaG) Maßnahmenplanung Kindergartenjahr 2018/19 ff. - Vorlage: VO/2017/05187
---------------	--

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

1. Die in der Begründung dargestellten Maßnahmen (s. Tabelle kurzfristige Maßnahmen S. 3) werden in den Bedarfsplan i. S. v. § 7 KiTaG aufgenommen.
2. Der gesamtstädtische Mehrbedarf im Haushaltsjahr 2018 für die Umsetzung der Maßnahmen beträgt 258.406,76 Euro.

*Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft
einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag
zu entscheiden.*

zu 5.9	Haushaltsplan der Kulturstiftung der Hansestadt Lübeck für das Haushaltsjahr 2018 - Vorlage: VO/2017/05268
---------------	---

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Aufgrund des § 98 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein wird der Haushaltsplan der Kulturstiftung der Hansestadt Lübeck für das Haushaltsjahr 2018 wie folgt festgesetzt:

Im Ergebnisplan mit

- | | |
|---|--------------------|
| • einem Gesamtbetrag der Erträge von | 2.087.600 € |
| • einem Gesamtbetrag der Aufwendungen von | 2.087.600 € |
| einem Jahresüberschuss/ Fehlbetrag von | 0 € |

im Finanzplan mit

- einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von **2.025.800 €**
- einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von **1.997.100 €**
- einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit **400 €**
- einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit **106.300 €**

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

zu 5.10 Annahme einer Spende der Possehl-Stiftung über 220.000 Euro für das Stadtjubiläum "875 Jahre Lübeck" - Vorlage: VO/2017/05287

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Die Geldspende der Possehl-Stiftung in Höhe von 220.000 Euro für die Vorbereitung und Durchführung des Veranstaltungsjahres anlässlich des Stadtjubiläums „875 Jahre Lübeck“ wird angenommen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

zu 5.11 Haushaltsplan der Stiftung Haus der Jugend für das Haushaltsjahr 2018 Vorlage: VO/2017/05332
--

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Aufgrund des § 98 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein, in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Februar 2003 (GVOBl. Schl.-H. S. 57), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 14. März 2017 (GVOBl. Schl.-H. S. 140), wird der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018 wie folgt festgesetzt:

Im Ergebnisplan mit

einem Gesamtbetrag der Erträge auf	74.500,00 €
einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	74.500,00 €
einem Jahresüberschuss von	0,00 €
einem Jahresfehlbetrag von	0,00 €

Im Finanzplan mit

einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit auf	6.400,00 €
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit auf	5.600,00 €

einem Gesamtbetrag der Einz. aus Investitions- & Finanzierungstätigkeit auf 0,00 €
einem Gesamtbetrag der Aus. aus Investitions- & Finanzierungstätigkeit auf 0,00 €

Auf die Ausführung des Haushaltsplans finden die Durchführungsbestimmungen zur Haushaltssatzung der Hansestadt Lübeck sinngemäß Anwendung.

Die Stiftung HAUS DER JUGEND bezweckt Einrichtungen der Jugendpflege zu schaffen und zu fördern.

Der Bereich Jugendarbeit / Jugendamt verwaltet die Stiftung gem. § 5 Stiftungssatzung in der Fassung vom 29. April 1976.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

zu 6.1 Überweisungsantrag aus der Bürgerschaft vom 28.09.2017 an den Hauptausschuss; hier: Straßenausbaubeiträge - Vorlage: VO/2017/05381

Herr Lötsch schlägt vor, zu Nr. 4 den Halbsatz „...den Verzicht der Hansestadt Lübeck auf Straßenausbaubeiträge auf der Verwaltungsebene vorzubereiten und..“ zu streichen und der Bürgerschaft zu empfehlen, den Antrag in geänderter Fassung zu beschließen.

Nach kurzer Erörterung der Thematik, an der sich – zum Teil mehrfach - Herr Rathcke, Herr Bürgermeister Saxe, der Vorsitzende und Herr Lötsch beteiligen, stimmt der Hauptausschuss dem Vorschlag von Herrn Lötsch zu.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, den interfraktionellen Antrag der Fraktionen GAL und SPD wie vorgeschlagen in geänderter Fassung zu beschließen.

zu 6.2 Überweisungsantrag aus der Bürgerschaft vom 28.09.2017 an den Hauptausschuss; hier: Verzicht auf KAG Beiträge - Vorlage: VO/2017/05382

Der Hauptausschuss stellt nach kurzer Erörterung fest, dass sich der Antrag erledigt hat, da der Bürgerschaft empfohlen wird, den Antrag der Fraktionen GAL und SPD mit der Vorlage 2017/05347 in geänderter Fassung zu beschließen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, den Antrag der Fraktion BfL als erledigt anzusehen.

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

Es liegt nichts vor.

zu 8 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

zu 9 Ende des öffentlichen Teils
--

Der Vorsitzende schließt um 17.37 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit verlässt den Sitzungsraum.

Die Sitzung wird um 17.39 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende teilt mit, dass im nichtöffentlichen Teil die Vorlagen und Berichte des Bürgermeisters behandelt worden sind.

*Der Hauptausschuss
nimmt Kenntnis.*

Lübeck, den 20. November 2017

gez.	gez.
Jan Lindenau Vorsitzender	Inga Thedens Protokollführung